

Jan Messer, Die Verständlichkeit multilingualer Normen. Universitätsverlag Göttingen 2012, 178 Seiten.

Der Buchtitel besteht aus nur vier Wörtern, doch werden damit gleich zwei hochkomplexe Themen angesprochen: das Thema der Verständlichkeit von Recht einerseits, bei dem es um die uralte und doch immer wieder aktuelle Frage geht, wie verständlich Gesetze und andere Normtexte sein sollen (und können), das Thema des mehrsprachigen Rechts andererseits, bei dem die Frage im Zentrum steht, wie Recht funktioniert, wenn es sich in mehreren gleichrangigen, in verschiedenen Sprachen abgefassten Texten materialisiert. Die Kombination dieser beiden Themen lässt aufhorchen.

Der erste Teil der Arbeit trägt den Titel «Norm und Sprache: Die Abhängigkeit von einem unvollkommenen Werkzeug». Darin befasst sich der Autor mit dem Verhältnis von Recht und Sprache. Recht wird mit Sprache ausgedrückt, doch da die Sprache eine natürliche «Unschärfe» aufweist, lassen sich Bedeutungen nicht in jedem Fall trennscharf festlegen. So kommt der Autor zum Schluss, dass es im Grunde genommen keinen festen Wortlaut gibt und dass die für die Auslegung wichtige Wortlautgrenze eine fiktive, nicht genau lokalisierbare Grenze ist. Nach Messers Ansicht ist diese Fiktion aber notwendig, da Rechtssicherheit nur dann gewährleistet ist, wenn die textlich fixierte Norm die Auslegung begrenzt.

Im zweiten Teil des Buches («Normensprache: Ein Sonderfall») beschreibt der Autor die typischen Eigenschaften von Fachsprachen und untersucht anschließend, ob die Normensprache – also die Sprache von Gesetzen und anderen Normtexten – eine Fachsprache ist oder nicht. Zentral ist dabei die Frage nach dem Adressatenkreis. Gewisse Autoren postulieren, dass sich Normtexte nur an spezifische Adressatengruppen, etwa an die Behörden, richten müssen, nicht aber an die Bürgerinnen und Bürger. Messer hingegen kommt zum Schluss, dass der Adressat aus rechtsstaatlicher Sicht die Allgemeinheit sein muss, dass sich Normtexte also prinzipiell an «jedermann» richten müssen. So ist laut Messer die Normensprache ein Sonderfall: Sie weist zwar viele fachsprachliche Merkmale auf, ist selber aber keine Fachsprache, da sie gerade nicht dem fachlichen Diskurs (zwischen Fachleuten) dient, sondern an die Allgemeinheit adressiert ist. Daraus folgt, dass auch die Verständlichkeit der Normensprache grundsätzlich aus Laiensicht zu beurteilen ist.

Im dritten Teil mit dem Titel «Normenverständlichkeit als Verfassungsgebot: Eine Abwägung» untersucht der Autor am Beispiel Deutschlands, ob es ein (geschriebenes oder ungeschriebenes) Verständlichkeitsgebot gibt, ob also der Normgeber verpflichtet ist, verständliche Gesetze zu erlassen. Einleitend diskutiert Messer das Verhältnis des Begriffs «Verständlichkeit», der eher in

sprachwissenschaftlichen Kontexten verwendet wird, zu den im juristischen Kontext üblichen Begriffen «Klarheit» und «Bestimmtheit». Er kommt zum Schluss, dass die Begriffe eine gemeinsame Schnittmenge haben: Der Begriff der Verständlichkeit schliesse Elemente der Begriffe Klarheit und Bestimmtheit ein. Weiter führt der Autor aus, dass zwar das deutsche Grundgesetz kein allgemeines Gebot zur Normenverständlichkeit enthält, dass sich ein solches Verständlichkeitsgebot aber aus dem Grundsatz der Rechtssicherheit herleiten lässt. Allerdings bestehe dieses Gebot nur relativ und als (gerichtlich kaum zu überprüfendes) Optimierungsgebot: Es verpflichtet nur zum Erlass *möglichst* verständlicher Gesetze, wobei der Verständlichkeitsgrad abhängt von Faktoren wie der Eingriffsintensität, der Komplexität der Materie und dem Adressatenkreis. Messer zeigt ausserdem auf, dass das deutsche Bundesverfassungsgericht keine ausdrückliche Prüfung von Normen auf Verständlichkeit hin vornimmt. In gewissen Fällen prüft das Gericht Normen jedoch auf Bestimmtheit und Klarheit. Damit prüft das Gericht wesentliche Elemente des Verständlichkeitsgebots, wenn auch nicht systematisch.

Der vierte und umfangreichste Teil des Buches trägt den Titel «Authentizität der Fassungen im Völker- und Europarecht: Eine Herausforderung». Hier wechselt die Perspektive von der Ein- zur Mehrsprachigkeit. Messer beschreibt zunächst die Entstehung mehrsprachigen Rechts und geht dabei insbesondere auf das Übersetzen von Normtexten ein. Anschliessend zeigt er am Beispiel des Europarechts und des Völkerrechts, wie mit Textdivergenzen zwischen verschiedenen gleichrangigen Sprachfassungen einer Norm umgegangen wird. Für das EU-Recht gibt der Europäische Gerichtshof vor, dass bei der Auslegung alle Sprachfassungen – und nicht nur eine einzelne – zu berücksichtigen sind. Zur Überwindung von Textdivergenzen geht der Gerichtshof dabei teleologisch vor. So kann eine Auslegung resultieren, die nicht der isolierten Auslegung von Einzelfassungen entspricht, sondern einen «harmonisierten Gesamtgehalt» ermittelt. Ähnliches gilt für die Auslegung völkerrechtlicher Verträge. Nach den Auslegungsregeln der Wiener Vertragsrechtskonvention soll sich der Norminhalt ebenfalls aus einer Gesamtschau aller Sprachfassungen ergeben, und bei Textdivergenzen ist eine Auslegung nach Ziel und Zweck des Vertrags vorzunehmen.

Die Regel, dass die Gesamtheit der Sprachfassungen als Auslegungsgrundlage zu verwenden ist, kann nach Ansicht des Autors das Verständlichkeitsgebot torpedieren. Denn bei der Auslegung wird so unter Umständen – gestützt auf andere Sprachfassungen – die Wortlautgrenze der eigenen Sprachfassung überschritten. Messer kategorisiert auch diesen Fall als eine Art von «Unverständlichkeit»: Bei einem einsprachigen Text ergebe sich die Unverständlichkeit daraus, dass der Text zu kompliziert formuliert sei und deshalb nicht ver-

standen werde. Bei der mehrsprachigkeitsbedingten Unverständlichkeit dagegen sei die eigene Textfassung durchaus verständlich, die «Unverständlichkeit» resultiere hier jedoch daraus, dass die Bürgerinnen und Bürger den Norminhalt nicht zuverlässig aus ihrer eigenen Sprachfassung ermitteln können, weil er sich nur aus allen Fassungen zusammen ergibt. Beiden Fällen sei gemeinsam, dass der Norminhalt nicht dem Wortlaut der Bestimmung entnommen werden könne.

Das Buch verschafft den Leserinnen und Lesern insgesamt einen guten Überblick über die zwei Themenbereiche Verständlichkeit und mehrsprachiges Recht. Anders als der Buchtitel erwarten lässt, werden die beiden Themen aber überwiegend separat behandelt. Um Mehrsprachigkeit geht es erst im vierten Teil der Arbeit, und dort stehen allgemeine Mechanismen bei der Ausarbeitung und bei der Auslegung mehrsprachigen Rechts im Vordergrund. Wenig Raum findet dagegen die Frage nach spezifischen Ausprägungen von Textverständlichkeit im mehrsprachigen Kontext.

Überzeugend sind vor allem die juristischen Teile des Buches. Hier führt Messer wichtige Erkenntnisse aus der Fachliteratur auf und diskutiert sie kritisch, hier zitiert er interessante und für die Untersuchung relevante Urteile, hier illustriert er die theoretischen Aussagen anhand von Beispielen, und hier bringt er eigene Argumente ins Spiel, etwa wenn er die Existenz eines Verständlichkeitsgebots herleitet. Demgegenüber fallen die sprachwissenschaftlichen Teile, beispielsweise die Ausführungen zur Fachsprache oder zur Übersetzung, etwas ab. Hier beschränkt sich der Autor weitgehend darauf, gängige Erkenntnisse aus der sprach- und translationswissenschaftlichen Literatur zusammenzutragen, wobei die Auswahl manchmal etwas willkürlich und zusammenhangslos erscheint. Auch sind die sprachwissenschaftlichen Teile über weite Strecken hinweg sehr theoretisch; mehr veranschaulichende Beispiele hätten hier sicher nicht geschadet. Sehr hilfreich sind dagegen die am Ende des Buches aufgeführten 18 Thesen, die den Leserinnen und Lesern knapp und prägnant die Hauptaussagen der Arbeit in Erinnerung rufen. Nützlich ist auch das umfangreiche Literaturverzeichnis, das sowohl juristische als auch sprach- und translationswissenschaftliche Literatur aufführt und eine reiche Quelle für weiterführende Informationen ist.

Ziemlich zu wünschen übrig lässt leider die «handwerkliche» Seite des Buches. Der Text enthält zahlreiche Fehler; den Negativrekord hält wohl Fussnote 337 mit insgesamt 6 Fehlern auf 6 Zeilen. Selbst in den Zitaten sind (teils sinnentstellende) Fehler zu finden, so etwa im letzten Zitat auf Seite 75, in dem das entscheidende Wort «erkennbar» fehlt. Autoren und Titel zitierter Werke werden ebenfalls mehrfach falsch wiedergegeben. Hinzu kommt, dass einzelne

Aussagen teilweise wenig sorgfältig formuliert sind, sodass sie missverständlich oder unfreiwillig komisch wirken (etwa der Satz «Einige Ansätze geben den Text verschiedenen Personen zum Lesen» auf S. 35). Hier hat es definitiv an der nötigen Sorgfalt bei der Endredaktion gefehlt. Schade, denn eine so schlechte Verpackung wertet auch den Inhalt ab.

Fazit: Das Buch verschafft einen soliden Überblick über die Themen Verständlichkeit und mehrsprachiges Recht – nicht mehr und nicht weniger.

Rebekka Bratschi, Gesetzesredaktorin und Übersetzerin bei den zentralen Sprachdiensten der Bundeskanzlei, Sektion Deutsch
E-Mail: rebekka.bratschi@bk.admin.ch

Barbara Turchetta, Il mondo in italiano. Varietà e usi internazionali della lingua, in collaborazione con Laura Mori ed Elisa Ranucci, Laterza, Roma-Bari 2005, 158 pagg.

Recensire un volume pubblicato quasi un decennio fa può sembrare fatica inutile. Lo sforzo, in questo caso, si giustifica invece con i molteplici spunti offerti da Barbara Turchetta, Laura Mori ed Elisa Ranucci nella loro analisi di varietà e usi internazionali della lingua italiana in una prospettiva «mondiale» (come denota il titolo). E parlarne in una rivista elvetica pare tanto più opportuno se si considera il ruolo svolto dall'italiano parlato e scritto in Svizzera, principale realtà statale al di fuori della Repubblica Italiana che annovera quella di Dante fra le sue lingue ufficiali. Alla lingua italiana usata nella Confederazione Svizzera sono in realtà dedicate solo alcune pagine del volume (pagg. 19–23 e 83–86). L'italiano istituzionale elvetico è considerato in relazione a quello, analizzato con maggiore attenzione, delle istituzioni dell'Unione europea. Dall'esame di quest'ultimo, anch'esso prodotto di processi traduttivi, è parso riconoscere un'analogia sul piano strutturale e semantico, che vedremo più avanti, con l'italiano delle istituzioni federali svizzere, specie negli atti normativi giuridici.

Il libro consta di quattro capitoli: mentre il primo e il quarto vertono su aspetti sincronici e diacronici legati alla diffusione dell'italiano nel mondo, il secondo e il terzo si concentrano sull'italiano istituzionale del vecchio Continente, in particolare nell'Unione europea e – in misura minore, come detto – in Svizzera, con raffronti puntuali con l'italiano d'Italia. Pur accennando brevemente ai contenuti dei capitoli 1, 2 e 4, senz'altro di interesse ma che si vuole qui subordinare a contingenze più vicine all'attività traduttiva, ci soffermeremo più diffusamente sul terzo capitolo, dedicato all'italiano del corpus normativo unionale e a quello della legislazione elvetica, due realtà dominate dalle implicazioni derivanti da una dinamica plurilingue in certa misura comparabile.

Il primo capitolo («L'italiano lingua seconda in Europa e nel mondo»), curato da Barbara Turchetta, tratta dell'emigrazione italiana dal secondo Ottocento a questa parte (ossia fino al primo lustro del nuovo millennio). Il quarto capitolo («Gli stranieri e la nostra lingua»), che si pone in una continuità tematica con il primo, è lavoro corale delle tre autrici. Vi si affrontano, con cifre e statistiche, le iniziative promosse nei diversi Paesi per promuovere lo studio e l'apprendimento dell'italiano. A proposito di questi due capitoli ci limitiamo a rimandare, per un aggiornamento della bibliografia di Turchetta (opportunamente distinta in «Letture consigliate» capitolo per capitolo e «Riferimenti bibliografici» generali), a Vedovelli (2011). Il secondo capitolo («L'italiano lingua ufficiale e di lavoro nelle

istituzioni comunitarie»), scritto da Elisa Ranucci, traccia un quadro della situazione relativa all'uso e al ruolo dell'italiano nelle istituzioni europee, con particolare attenzione alla traduzione e all'interpretariato.

Il terzo capitolo («L'italiano lingua della legislazione europea») è a cura di Laura Mori. Per «legislazione europea» l'autrice intende la legislazione comunitaria (che oggi, dopo il trattato di Lisbona del 2007, si chiamerebbe forse «unionale»; cfr. Ranucci 2010) e la legislazione federale svizzera. Al di là delle interessanti osservazioni derivanti dall'analisi dello stile linguistico comunitario, da specifiche scelte lessicali e morfosintattiche all'uso del cosiddetto «euroletto», vale la pena soffermarsi su un importante riscontro operato da Mori sull'italiano della legislazione unionale, che pare calzante anche per la versione italiana della legislazione federale svizzera.

Come per la legislazione federale², anche per quella comunitaria vige il principio dell'equivalenza delle versioni linguistiche (nel 2005 le lingue ufficiali erano 20, oggi sono 24). E, analogamente alla Svizzera, «ogni cittadino, di qualsiasi nazionalità (e lingua), deve essere messo nella condizione di poter accedere al corpus normativo comunitario nella propria lingua.» (pag. 75). In Svizzera come nell'Unione europea, le «lingue ufficiali fanno ugualmente fede e nessuna versione linguistica può prevalere sulle altre» (pag. 76). L'equivalenza delle versioni linguistiche dei testi normativi delle legislazioni plurilingui, seppure postulata dalla legge stessa, non può tuttavia essere data per scontata: la sua realizzazione resta inestricabilmente intrecciata con l'intero processo legislativo, dalla stesura dell'atto alla sua interpretazione. Ora – e questa è l'intuizione di Mori – l'esigenza di garantire l'equivalenza delle varie versioni linguistiche sembra portare gli autori degli atti normativi a ricercare, fors'anche inconsapevolmente, uno stile redazionale che aprioristicamente prepari il terreno a una resa omogenea in sede di traduzione, instaurando in tal modo quella che Mori chiama «omologazione linguistica»: «la ricchezza degli stili presenti in ogni lingua tende [...] a ridursi, nel momento in cui si rende necessaria una versione sì espressa in varie lingue, ma identica e senza ambiguità nel contenuto. Si arriva così a una sorta di standardizzazione dello stile testuale, che diventa più diretto, immediato, caratterizzato da una sintassi lineare ed estremamente semplice» (pag. 86). Questo fenomeno interessa naturalmente anche la versione italiana: «alcuni elementi della ricchezza dello stile giuridico italiano (così come di quello francese, spagnolo e così via) vengono persi nel momento in cui si rende necessario stilare un documento giuridico comunitario nelle diverse lingue, senza che sia più recuperabile la complessità degli stili testuali delle tradizioni giuridiche di provenienza. Da questo processo di omologazione linguistica si ottiene un risultato omogeneo, di agile consultazione, indipendentemente dalla lingua nella quale è stato stilato»

(pag. 87). Se tale operazione è necessaria per garantire l'equivalenza dei testi normativi comunitari, altrettanto si può dire di quelli della legislazione federale: «In linea generale, in entrambi i contesti di utilizzazione istituzionale dell'italiano oltre frontiera (come lingua della legislazione dell'Unione Europea e della Confederazione elvetica) emerge l'esigenza di un'omologazione alle caratteristiche di una varietà interlinguistica, in qualche modo sempre frutto di un compromesso internazionale [...], anche se talvolta possono individuarsi delle scelte di adeguamento al tracciato consolidato della pratica redazionale di stampo nazionale» (pag. 105). A proposito di quest'ultima affermazione di Mori dobbiamo però specificare che nel caso della Svizzera la «varietà interlinguistica» non si collocherebbe ovviamente nel divario tra «piano internazionale» e «piano nazionale», come nel caso delle istituzioni europee, ma investirebbe le specificità delle sue lingue ufficiali nazionali.

Il riscontro di Mori è condivisibile in particolare a proposito dell'omologazione di talune locuzioni specifiche delle singole lingue. Viene così a crearsi una sorta di interferenza linguistica «pilotata» (il qualificativo è mio), che può «attuarsi anche sotto forma di influssi strutturali, spesso poco evidenti, perché non introducono elementi necessariamente estranei al sistema linguistico d'arrivo, ma alterano la frequenza d'uso di forme e costruzioni sintattiche generalmente piuttosto rare in italiano (ad esempio la posizione dell'aggettivo, che in italiano può precedere o seguire il sostantivo mentre in inglese deve necessariamente precederlo).» (pag. 91). Le locuzioni omologate sono comunque il risultato di un appiattimento su una lingua dominante. Nel caso della legislazione svizzera si tratterà quasi sempre della versione tedesca, solitamente lingua di partenza di testi elaborati e concepiti dalla maggioranza tedescofona dei giuristi dell'Amministrazione federale. Se per l'impostazione strutturale e concettuale conferita all'atto normativo l'adeguamento operato dalle altre versioni non pone particolari problemi (pur costituendo anch'esso un «atto conformista» in un certo qual modo contrario alla lingua), per le locuzioni le cose possono cambiare notevolmente. A tal proposito sia lecito rinviare a un'indagine sull'uso, nelle legislazioni svizzere (federale e cantonali) con qualche incursione nelle legislazioni italiana e unionale, della locuzione «entro quattordici giorni» nell'indicazione di termini procedurali e ricorsuali, che ispirandoci a Mori possiamo qualificare come frutto di un'omologazione linguistica, non priva di potenziale conflittualità, ammissibile soltanto – e anzi obbligatoria – nella traduzione di atti normativi (Bruno 2014).

Visto lo sviluppo dell'emigrazione e il cambiamento linguistico inevitabilmente in atto nelle comunità di immigrati, il libro in esame andrà sicuramente aggiornato quanto ai capitoli sulla presenza e la diffusione della lingua italiana nel mondo. A proposito della Svizzera, nel 2005 Turchetta poteva affermare, sulla

scorta dei dati dell'Ufficio federale di statistica del 1997, che a livello nazionale l'italiano «si attesta dunque al terzo posto come lingua di comunicazione [dopo il tedesco e il francese e prima dello spagnolo], in una percentuale di popolazione doppia rispetto a quella dei madrelingua.» (pag. 21). I lavori di Gaetano Berruto e Stephan Schmid (cita quelli pubblicati tra il 1991 e il 2002) le permettono di sottolineare che «la comunicazione in italiano risulta frequente anche fra stranieri di recente migrazione nella Svizzera tedesca [...]» (ibid.). Dobbiamo tuttavia notare che proprio nell'ultimo decennio è venuta manifestandosi una tendenza preoccupante che, facendo traballare il podio delle lingue, mina la presenza e il ruolo dell'italiano in particolare nelle regioni non ufficialmente italofone del Paese (quindi fuori del Cantone Ticino e delle valli italofone del Cantone dei Grigioni): i reiterati tentativi, talvolta andati a segno, di ridimensionare – se non abolire – l'insegnamento della lingua e letteratura italiana nei licei e nelle università di alcuni Cantoni della Svizzera tedesca e francese, con argomenti alquanto discutibili nell'ottica della solidarietà confederale. Studi sociolinguistici come questo di Turchetta, Ranucci e Mori (anche per la presenza di utili indici dei nomi e degli argomenti) si rivelano dunque molto preziosi per gli addetti ai lavori in quanto permettono di valutare la situazione e gli sviluppi relativi alla vitalità della lingua italiana nel mondo e, per quanto più da vicino ci riguarda, nel tessuto sociale svizzero caratterizzato da un plurilinguismo sancito dalla Costituzione ma sollecitato da decisioni che misconoscono l'importanza del plurilinguismo, anche per la coesione nazionale.

Giovanni Bruno, Cancelleria federale, Servizi linguistici centrali, Divisione italiana, Bellinzona, e-mail: giovanni.bruno@bk.admin.ch

Note

- 1 La distribuzione dei primi tre capitoli rispecchia i campi di attività delle tre studiose, almeno al momento della pubblicazione del libro: Turchetta insegnava (e insegna tuttora) linguistica all'Università della Tuscia di Viterbo, Mori era dottoranda presso l'Università La Sapienza di Roma e insegna ora linguistica testuale e pragmatica all'Università degli Studi Internazionali di Roma e Ranucci, in pensione dal 2011, era a suo tempo traduttrice dirigente presso la Direzione generale Traduzione della Commissione europea a Bruxelles.
- 2 Cfr. l'art. 70 cpv. 1 della Costituzione federale (RS 101) e l'art. 14 cpv. 1 della legge del 18 giugno 2004 sulle pubblicazioni ufficiali (RS 170.512).

Riferimenti bibliografici

- Bruno, Giovanni (2014), La locuzione «quattordici giorni» tra norma linguistica e norma giuridica, in Norme linguistiche in contesto. Atti del convegno annuale dell'Associazione Svizzera di Linguistica Applicata (VALS-ASLA) 2014, Lugano 12-14 febbraio 2014, Bulletin suisse de linguistique appliquée, numéro spécial, 2014 (in stampa)
- Ranucci, Elisa (2010), La traduzione dei testi dell'Unione dopo il trattato di Lisbona: arrivo di nuove formule, morte di un aggettivo, in Il peso delle parole: come cambia l'italiano istituzionale con il trattato di Lisbona. Atti della IX Giornata REI (Bruxelles, 26 aprile 2010), pagg. 51-58 (http://ec.europa.eu/translation/italian/rei/meetings/index_it.htm)
- Vedovelli, Massimo (2011), Storia linguistica dell'emigrazione italiana nel mondo, Roma, Carocci

Ortlieb Fliedner, Rechtsetzung in Deutschland. Gesetzgebung in der Demokratie. Baden-Baden: Nomos 2013, 153 S.

Der Autor beginnt mit dem Otto von Bismarck zugeschriebenen Diktum: «Beim Wurstmachen und beim Gesetzemachen darf man nicht zuschauen.» Doch wegsehen will der Autor gerade nicht. Viel zu lange und bis heute schaue die Rechtswissenschaft eher weg, wenn es um Rechtsetzung gehe, und konzentriere sich stattdessen ganz auf die Rechtsauslegung und -anwendung. Das Geschäft der Rechtsetzung überlasse man lieber der Politik, und so wurstle man sich in der Rechtsetzung weiterhin eher durch und finde vonseiten der Rechtswissenschaft weder eine theoretische Unterstützung noch die nötige Ausbildung der jungen Legistinnen und Legisten. Mit seinem Buch will der Autor dem entgegenwirken. Er will die Praxis des Gesetzgebungsverfahrens in Deutschland darstellen, Mängel herausarbeiten und Verbesserungsvorschläge machen.

Dazu fängt der Autor (1) mit einigen allgemeinen Ausführungen zu Wesen, Funktion und Erscheinungsformen des Rechts an. Er widmet sich sodann (2) einigen Ansätzen zu einer besseren Gesetzgebung (erwachende universitäre Gesetzgebungslehre, Better-Regulation-Bewegungen in den europäischen Staaten, der EU, der OECD); dabei erstaunt doch sehr, dass der Autor von der Einrichtung der Sprachberatung und des «Redaktionsstabs Rechtssprache» im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz offenbar noch nichts vernommen hat. In einem eigenen Kapitel geht der Verfasser auf die traditionelle Klage über angeblich zu viele Gesetze ein und weist sie zurück. Relativ ausführlich befasst sich das Buch anschliessend (3) mit Gestaltungsaspekten guter Gesetze, wobei Inhaltliches und Formales etwas wild durcheinander gehen – Rechtsförmlichkeit, Erkennbarkeit der Gliederung, Einpassung in bestehende Rechtsordnung, Sprache, Vollzugstauglichkeit, Rechtsfolgenabschätzung usw. Es folgen (4) Abschnitte über das Gesetzgebungsverfahren in Deutschland. In einem letzten Teil (5) widmet sich der Verfasser schliesslich exkursorisch der Gesetzgebung in den Bundesländern und den Diskussionen über die Auslegung eines Gesetzes nach dessen Verabschiedung.

Der Autor hat sich extrem viel vorgenommen; auf den gut 150 Seiten kann er dem Anspruch nicht wirklich gerecht werden; das Bild bleibt lückenhaft und vieles nur oberflächlich angesprochen. Dennoch ist das relativ schmale Buch eine Fundgrube von Fakten und von anregenden Ideen.

Markus Nussbaumer, Schweizerische Bundeskanzlei, Bern

Friedemann Vogel, Linguistik rechtlicher Normgenese. Theorie der Rechtsnormdiskursivität am Beispiel der Online-Durchsuchung (= Sprache und Wissen, Bd. 9). Berlin/Boston: de Gruyter 2012, 467 Seiten.

Nein, leichte Kost ist mit diesem dicken Buch – einer typischen universitären Karrierearbeit im Bereich der germanistischen Linguistik – nicht anzuzeigen. Nur schon rein optisch tritt der Leserin, dem Leser da ein Text entgegen, der mit seinem ausgeklügelten Notationssystem und damit dem steten Wechsel zwischen nicht-kursiv und kursiv, nicht-fett und fett, Unterstreichungen, Versalien, Klammern und Abkürzungen, Tabellen und Fussnoten sehr viel Anstrengung verheisst; nur gerade die zahlreich eingestreuten Bilder und Grafiken sorgen für etwas Abwechslung und Verschnaufpausen. Der Sprachstil des Autors kann auch kaum als Schmiermittel für flüssigere Lektüre sorgen; er ist sehr abstrakt und akademisch. Doch wäre es jammerschade, würde diese rechtslinguistische Arbeit deshalb unbeachtet bleiben. Denn hier hat sich einer an etwas herangewagt, was so genau und so umfassend noch niemand untersucht hat. Die rechtslinguistische Literatur etwa zur Auslegung juristischer Normtexte oder zur Konstruktion von Sachverhalt und Recht vor Gericht ist seit rund zwanzig Jahren sehr reichhaltig. Nicht so aber die rechtslinguistische empirische Forschung zur Entstehung juristischer Normtexte; das ist noch weitgehend Terra incognita.

Worum geht es also in diesem Buch? Der Inhalt des Werks – und das ist leider signifikant – erschliesst sich ja aus dem Titel nicht unmittelbar. «Rechtliche Normgenese» dürfte eine der gerade für das Recht so charakteristischen «reitenden Artilleriekasernen» sein – ist nach meinem Verständnis doch weniger gemeint, dass es um eine rechtliche Genese von Normen geht, sondern vielmehr um eine gesellschaftlich-politische Genese rechtlicher Normen, die aus einem langen gesellschaftlichen diskursiven Prozess in institutionalisierten Kontexten (Expertengremien, Verwaltung, Regierung, Parlament, mediale Öffentlichkeit) und über eine lange Reihe von Ko-Texten (Studien, Gutachten, Gerichtsentscheide, Entwürfe, Erläuterungen, Stellungnahmen, Zeitungskommentare) hervorgetrieben werden, bis ganz am Ende ein verabschiedeter, fester, geltender Gesetzestext dasteht.

Gegenstand der breit angelegten Studie ist die Rechtsnorm, die die sogenannte Online-Durchsuchung oder den Einsatz sogenannter Trojaner regelt und die in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2007–2009 unter grosser Anteilnahme der Öffentlichkeit ausgearbeitet worden ist.

Die empirische Studie geht der Frage nach den «sprachlichen Konstitutionsbedingungen im gesetzgebenden Diskurs um rechtliche Normen» nach und versteht sich damit als rechtslinguistischer Beitrag zur Gesetzgebungslehre. Gefragt wird,

welche Diskursakteure in welchen Kontexten und mit welchen Ko-Texten welche Rolle in der Normgenese spielen. Gefragt wird, welche handlungsleitenden Konzepte für die einzelnen Akteure massgebend sind: Sicherheit und Abwehr von Terror und Kriminalität, Verteidigung der Freiheit, technische Realisierbarkeit, finanzielle Aspekte. Gefragt wird nach den sogenannten semantischen Kämpfen (Kämpfe um die «richtige» Bezeichnung der Sachverhalte, Kämpfe um die «richtige» Bedeutung der verwendeten Ausdrücke) und nach der Interaktion von Alltagssprache, technischer und rechtlicher Fachsprache. Gefragt wird nach den impliziten Sprachkonzepten, die in den Argumentationen der einzelnen Akteure im Rahmen der semantischen Kämpfe zutage treten, und danach, mit welchen sprachlichen Mitteln die einzelnen Akteure Geltungsansprüche für ihre Konzepte erheben und durchzusetzen versuchen. Gefragt wird schliesslich, über welche Textstufen von der ersten Normidee über verschiedene Entwürfe bis zur parlamentarisch verabschiedeten und judikativ durchgesetzten juristischen Norm der Prozess der Normgenese verläuft.

Der Studie zugrunde liegt ein sehr breit angelegtes Textkorpus von über 1000 Texten aus Legislative, Exekutive, Judikative, Wissenschaft und Medien über einen Zeitraum von beinahe fünf Jahren. Sehr breit ist auch die theoretische Abstützung der Arbeit in traditioneller Rechtslehre und Rechtsmethodik, in Gesetzgebungslehre, in der Lehre der politischen Institutionen Deutschlands, in der Rechtslinguistik – und da ganz stark in der sogenannten Strukturierenden Rechtslehre von Friedrich Müller, die Rechtsarbeit fundamental als Textarbeit begreift und die in den letzten zwanzig Jahren zahlreiche sehr wichtige rechtslinguistische Studien inspiriert hat¹ und schliesslich in der sogenannten linguistischen Diskursanalyse mit ihrem von Michel Foucault entlehnten Diskursbegriff.

Die Studie besteht aus zwei grossen Teilen: einem ersten empirischen Teil, in dem die über tausend Texte analysiert werden, immer wieder unterbrochen von rechtslinguistischen Exkursen, und einem zweiten Teil, in dem aus den empirischen Befunden induktiv eine rechtslinguistische Theorie der Rechtsnormdiskursivität und -genese abgeleitet wird.

Markus Nussbaumer, Schweizerische Bundeskanzlei, Bern

Anmerkung

- 1 Vgl. z. B. Friedrich Müller (Hrsg.), *Untersuchungen zur Rechtslinguistik*, Berlin: Duncker & Humblot 1989; Friedrich Müller / Ralph Christensen / Michael Sokolowski, *Rechtstext und Textarbeit*, Berlin: Duncker & Humblot 1997, Friedrich Müller / Rainer Wimmer (Hrsg.), *Neue Studien zur Rechtslinguistik*, Berlin: Duncker & Humblot 2001; vgl. auch unlängst die Zusammenstellung rechtstheoretischer und rechtsmethodischer Reflexionen von Friedrich Müller in: Friedrich Müller, *Syntagma. Verfasstes Recht, verfasste Gesellschaft, verfasste*

Sprache im Horizont von Zeit, Berlin: Duncker & Humblot 2012, worin einmal mehr die These entfaltet wird: «Recht gibt es nur zu den allgemeinen Bedingungen von Sprache», wo einmal mehr der Unterschied herausgearbeitet wird von Normtext (Gesetz) und Norm (Konstruktion von Rechtsnormen, die einen Rechtsfall «lösen»), und wo einmal mehr darauf insistiert wird, dass zu unterscheiden ist zwischen dem Verstehen eines Textes, dem Interpretieren und schliesslich der spezifischen Art juristischer «Arbeit mit Texten».

Winfried Baumgart, Wörterbuch historischer und politischer Begriffe des 19. und 20. Jahrhunderts. Deutsch – Englisch – Französisch. 2., verbesserte u. ergänzte Aufl. München und Berlin/Boston: Oldenbourg und de Gruyter 2014.

Dieses Wörterbuch enthält in seiner 2. Auflage (1. Aufl. 2010) 16 500 in alphabetischer Reihenfolge angeordnete historische und politische Begriffe mit jeweils einer oder mehreren englischen und französischen Entsprechungen. Der Autor ist Historiker, und er beklagt in der Einführung das Fehlen eines historisch-politischen Wörterbuchs, während es doch zu allen möglichen Fachsprachen (Chemie, Medizin, Recht, Wirtschaft) mehrsprachige Wörterbücher gebe. Anekdotisch berichtet er aus einem Handbuch aus den 1950er-Jahren, in dem er sich über die orientalische Frage des 19. Jahrhunderts, den Zerfall des Osmanischen Reichs, kundig machen wollte und in dem er ein Kapitel unter dem Titel «Die Ostfrage» fand. Offenkundig war das eine wörtliche Übersetzung aus dem englischen «Eastern Question», doch sagte «Ostfrage» der deutschen Leserschaft damals nichts. Wie hätte man «Eastern Question» übersetzen sollen?

Eine Antwort auf diese Frage findet man im vorliegenden Buch nicht, denn es erschliesst die Wortgleichungen nur über das Deutsche. Das gedruckte Buch wird deshalb ergänzt durch ein E-Book (in der ersten Auflage noch eine CD-ROM), das die Suche nach «Eastern Question» und seinen deutschen und französischen Entsprechungen erlaubt. Als gedrucktes Buch dürfte das Wörterbuch vor allem für die französische und die englische Übersetzung von Interesse sein.

Als Werk eines Historikers verzeichnet das Wörterbuch leider nur sehr spärliche sprachliche Informationen wie Geschlecht, Plural- und Kasusformen oder typische Wortverbindungen (Kollokationen) oder gar typische Kontexte für die Ausdrücke. Ganz überwiegend sind Nomen verzeichnet, vereinzelt aber auch Wörter anderer Wortarten.

Abgedeckt ist der ungefähre Zeitraum von 1800 bis 2000, wobei die Zeitenwende um 1800 eine stärkere sprachliche Zäsur bedeutete als die Jahrtausendwende um 2000. In der Einführung nennt der Autor 59 «Wortfelder», die in seinem Wörterbuch berücksichtigt sind, und illustriert sie beispielhaft. Das ist allerdings ein ziemlich unsystematisches Sammelsurium. So nennt er etwa historische Ereignisse (Hitlerputsch, Falklandkrieg, Mauerfall), historische Schlagwörter (Ruhe ist die erste Bürgerpflicht, lieber rot als tot, Kampf der Kulturen), typische Wörter aus dem Ersten Weltkrieg, aus der Weimarer Republik, aus dem Nationalsozialismus, aus dem Zweiten Weltkrieg, aus der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik und in der DDR, aus dem Kalten Krieg, aus der europäischen

Einigung, aus der Zeit nach 1989 – das alles ist sehr stark aus deutscher, bundesrepublikanischer Perspektive ausgewählt. Verzeichnet werden auch zu ihrer Zeit allgemein gebräuchliche Begriffe aus der Geschichte der Technik, der Wissenschaften, des Sozialwesens, der Wirtschaft, aus Kunst und Kultur, Ausdrücke aus Verfassungsrecht, Parlamentarismus und Parteien, Diplomatie, dann aber auch typische Alltagsdinge (Muckefuck) und sogar Ausdrücke einer heute ausgestorbenen Umgangs- oder auch Verwaltungssprache (zu diesem Behuf), typische Euphemismen (Lustseuche), alte Anrede- oder Courtoisieformeln (Durchlauchtigster Herzog) oder Adelstitel und Amtsbezeichnungen (also Wörter, die man ja mit gewissem Recht für unübersetzbar hält, weil es die Sache oder den Begriff oftmals ausserhalb der einzelnen Sprache nicht gibt).

Alles in allem geht das Wörterbuch sehr weit, hat unklare Grenzen und stellenweise etwas von einem Kuriositätenkabinett. Es erhebt selbstverständlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit, doch ist es mit Sicherheit eine Fundgrube, die man immer aufsuchen sollte, wenn man bei deutschen Texten, die vom 19. oder vom 20. Jahrhundert handeln, nicht weiterkommt, sei es als nicht deutschsprachige Leserin oder nicht deutschsprachiger Leser oder als Übersetzerin oder Übersetzer ins Französische oder ins Englische. Und wenn man Zugriff auf das E-Book hat, hilft das Buch umgekehrt deutschsprachigen Benutzerinnen und Benutzern beim Verstehen oder Übersetzen englischer oder französischer historischer Texte oder von Texten, die von vergangenen Zeiten des 19. oder 20. Jahrhunderts handeln.

Markus Nussbaumer, Schweizerische Bundeskanzlei, Bern